POLITIK FÜR EUROPA UND THÜRINGEN

Regionale Identität.
Europäische Vernetzung.
Dynamische Wirtschaft.

6 | 2016

Die sechste Publikation der Informationsreihe „Politik für Europa und Thüringen" des Landesbüros Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung befasst sich **mit dem thematischen Schwerpunkt „Zukunft und Neudenken Europas – wie geht es weiter?".**
Die Entscheidung Großbritanniens für einen Ausstieg aus der Europäischen Union hat in aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Einstellungen zum politischen System der Europäischen Union gespalten sind. Wie viel mehr Integration ist sinnvoll und wie kann die in der EU lebende Bevölkerung mehr Anteilnahme finden? Ist es Zeit für einen Umbau Europas? Wie wird sich die politische Lage innerhalb Großbritanniens und zur Europäischen Union entwickeln? Welchen Einfluss werden die bevorstehenden Austrittsverhandlungen zwischen Großbritannien und der EU auf die wirtschaftlichen Beziehungen nehmen? Diese Fragen, sowie die Auswirkungen der künftigen Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union auf Thüringen werden in dieser Ausgabe dargestellt.

Dr. Ulrike Guérot

Es lebe die Europäische Republik!

Die EU hat ein ernstes Problem. Eines, das keine Öffentlichkeitskampagne oder pathetisches Auftreten mehr lösen kann. Das Problem heißt Vertrauensverlust.

Genervt vom Dauerkrisenmodus, frustriert von den strukturellen Defiziten der EU, aufgestachelt durch erstarkende nationalistische und populistische Bewegungen wenden sich immer mehr Bürger_innen von der EU ab. Nur noch 28 Prozent der Bürger_innen in Deutschland vertrauen der EU, 63 Prozent misstrauen ihr, wie die diesjährige Eurobarometer Studie verdeutlicht.

Vom Brexit bis zum niederländischen Votum gegen das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine. Es zeigt sich, dass es sich um einen europaweiten Trend handelt. Liest man beispielsweise das niederländische Referendum als Abstimmung über die (Un-)Zufriedenheit mit der Politik der EU, so sind 62 Prozent Neinstimmen niederschmetternd. Das „Nee" macht eine der schwerwiegendsten strukturellen Schwächen der EU deutlich. Die europäischen Bürger_innen sind nicht gleich vor dem Recht und bei Wahlen.

Die einen dürfen abstimmen, hier über die Ukraine, die anderen nicht. Wer was innerhalb der EU darf, hängt immer noch davon ab, wessen Landes Kind man ist. Eine politische Union kann so nie und nimmer funktionieren, ist doch der Grundsatz der politischen Gleichheit die *Conditio sine qua non* für jedes politische Gemeinwesen – das zu sein die EU ja vorgibt.

Das uneingelöste Versprechen

Die politische Ungleichheit zeigt sich auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Der komplizierte Schlüssel für die Sitzverteilung erzeugt eine weitere Ungleichbehandlung. Was fehlt, ist die Verwirklichung des Grundsatzes der politischen Gleichheit. Das heißt konkret: Wahlrechtsgleichheit, steuerliche Gleichheit und gleicher Zugang zu sozialen Rechten für alle. Die EU hat dieses Versprechen nie eingelöst.

Wie kann ein neues Europa aussehen, das diesem Anspruch gerecht wird? Die ever closer union der Nationalstaaten hat als europäische Leitidee ausgedient, das wird immer deut-

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
LANDESBÜRO THÜRINGEN

© Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: Landesbüro Thüringen | Nonnengasse 11, 99084 Erfurt | Tel.: 0361 59 80 20, Fax: 0361 59 80 210 | E-Mail: erfmail@fes.de | Verantwortlich: Eva Nagler | www.fes-thueringen.de | Mai 2016 | Illustrationen: Felix Wilhelm | Fotos: Europäische Union; Flickr.com | Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH |

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

licher. Die Nationalstaaten können ein wirkliches europäisches Projekt nicht hervorbringen. Das politische Projekt Europa kann letztlich in einer emanzipatorischen Bewegung nur von den EuropäerInnen selbst konstituiert werden, denn sie sind der Souverän.

Wann immer sich Bürger_innen zu einem politischen Projekt zusammengeschlossen haben, haben sie eine Republik gegründet. Die Republik ist nicht ethnisch konturiert: Sie ist ein gemeinsamer, nach-nationaler Rechtsrahmen. Die Republik braucht dafür kein „Volk", sondern Bürger_innen; der Nationalstaat ist weder das natürliche noch das einzige Gefäß für eine Demokratie.

Europa muss eine Republik werden

Es ist Zeit, dieses kulturhistorische Ideengut auf das europäische Projekt selbst anzuwenden: Europa muss eine Republik werden, in der sich die Bürger_innen auf der Grundlage von gemeinsamen Rechten zusammenfinden, anstatt von ihren Nationalstaaten permanent gegeneinander ausgespielt zu werden und innerhalb der EU ein nationales Wir gegen ein anderes nationales Wir zu stellen, bei dem letztlich alle in Europa um ihre Zukunft betrogen werden.

Eine Europäische Republik, die sich um das europäische Gemeinwohl kümmert, ist die Alternative zu einer EU, die über einen Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung technokratisch in nationale Strukturen hineinregiert. Denn die meisten Menschen wollen nach wie vor Europa, nur nicht diese EU. Die Ausgestaltung einer veritablen, nach-nationalen europäischen Demokratie ist also das Gebot der Stunde – wenn nicht dauerhaft, siehe Niederlande, europäische Lösungen durch nationalen, vermeintlich „demokratischen Einspruch" konterkariert werden sollen.

Wo die nach-nationale europäische Demokratie indes nicht im politischen Angebot ist, gedeiht der nationale Populismus. Ein Binnenmarkt ohne regulierenden Staat, eine Währungsunion ohne gemeinsame Fiskal- und Sozialpolitik produzieren derzeit eine sich immer weiter verschärfende soziale Krise.

Dass Markt und Staat nicht entkoppelt sein dürfen, lehren sogar die Vordenker_innen der sozialen Marktwirtschaft. Aber mit dem Vertrag von Maastricht von 1992 ist genau das geschehen. So wächst ohne staatliches Korrektiv die soziale Ungleichheit in Europa und zersetzt die EU von innen. Vor allem die Peripherie und die ländlichen Räume werden immer weiter abgehängt; die dortigen Globalisierungsverlierer_innen werden zur leichten Beute von Populist_innen jeder Couleur. Die nationale Politik lässt sich wiederum europaweit von diesem Rechtsruck treiben – obgleich rund zwei Drittel aller Bürger_innen an der europäischen Idee festhalten. Aber diese Mehrheit kann im EU-System nicht abgebildet werden, da in ihm der Europäische Rat, in dem die Nationalstaaten ihr jeweiliges Süppchen kochen, das maßgebliche politische Entscheidungsorgan ist.

Die Idee von einer Europäischen Republik wäre daher der überfällige Schritt nach vorne: einer nach-nationale Demokratie, basierend auf dem Grundsatz der politischen Gleichheit und

dem Prinzip der Gewaltenteilung, in der die heutigen europäischen Regionen zu konstitutionellen Trägern einer Europäischen Republik würden.

Das Nationale ist eine Erzählung

Regionen sind Heimat, Nationen sind Fiktion, schreibt der renommierte österreichische Schriftsteller Robert Menasse. Das Nationale ist meist nur eine Erzählung. Das Regionale, das sind die Sprache, die Küche und die Kultur. Würde man die Regionen im politischen System einer Europäischen Republik aufwerten, bekäme man genau jene „Einheit in Vielheit", ohne eine verkrampfte und künstliche europäische Identität schaffen zu müssen, die es so nicht gibt: Die kulturelle Identität bliebe im Gegenteil den Regionen vorbehalten, die in Europa durch ihre Unterschiedlichkeit bestechen. Das gemeinsame europäische Dach aber wäre das gleiche Recht, das die Europäische Republik allen Bürger_innen Europas garantieren würde.

Normativ gleich, aber kulturell vielfältig, so könnte das europäische Modell der Zukunft aussehen: Bayern und Venedig, Katalonien und Thüringen, Mähren und Brabant, sie alle wären vereint in der Europäischen Republik, bei gleichzeitiger politischer und kultureller Autonomie. Vertreter_innen der Regionen könnten in einer zweiten Kammer, ähnlich dem amerikanischen Senat, die regionalen Interessen vertreten, während die erste Kammer nach dem Grundsatz „Eine Person, eine Stimme", also bei gleichem und direktem Wahlrecht, von allen gewählt würde. An der Spitze der Republik stünde eine direkt von den Bürger_innen gewählte Präsidentin oder ein Präsident.

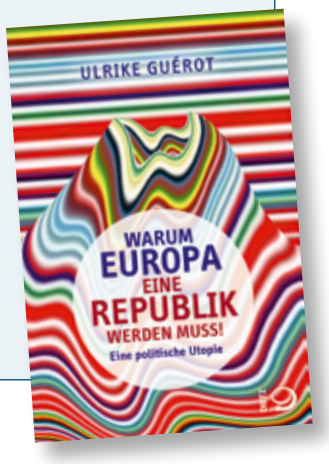
Die Republik kümmert sich um das Große und Ganze – Außenpolitik, Cyber, Energie, Klima – und die Rolle Europas in der Welt; der Rest bliebe den Regionen vorbehalten. Jedem seine Leberwurst, aber eine gemeinsame Ukrainepolitik: Gegen so ein Europa hätten bestimmt auch die meisten Niederländer_innen nichts!

Vom Kopf auf die Füße

Neben einer politischen und territorialen Neuordnung ist auch eine wirtschaftliche Neuordnung Europas vonnöten. Die europäische Postdemokratie, die dem Markt das Primat über politische Entscheidungen gegeben hat, muss beendet werden. Die großen Konzerne agieren schon längst transnational, auch die Wertschöpfungsketten sind schon lange nicht mehr national. Dies bedarf dringend einer europäischen Einbettung durch gemeinsame soziale, steuer- und tarifrechtliche Strukturen – wenn nicht permanent europäische Bürger_innen gegeneinander ausgespielt werden sollen, während europäische Unternehmen innerhalb des Binnenmarktes auf Steuer- und Lohnshoppingtour gehen. Wettbewerb ist für Unternehmen, nicht für Bürger_innen. Europa muss hier vom Kopf auf die Füße gestellt werden und bürgerliche Gleichheit, nicht nur Gleichheit für Marktakteure zulasten der Bürger_innen garantieren.

Die meisten europäischen Bürger_innen haben, wie sozialwissenschaftliche Studien belegen, den Grundsatz der politischen Gleichheit längst akzeptiert. Sie finden indes kaum mutige nationale Politiker_innen, die sich dafür einsetzen. Das ist der nationale Verrat an der europäischen Idee, den wir augenblicklich überall erleben – und vielleicht bald bereuen müssen. Raus aus dem Krisenmodus, weg mit dem Zukunftspessimismus. Und hinein in eine Geisteshaltung, in der wir uns wieder das Bekenntnis zur Schönheit des europäischen Projektes erlauben: Die nach-nationale Emanzipation der europäischen Bürger_innen bereitet den Weg zur Europäischen Republik! Es leben die europäische Republik!

Dr. Ulrike Guérot, Universitätsprofessorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems in Österreich. Autorin des Buches „Warum Europa eine Republik werden muss!"



Silke Breimaier

Der weite Weg zum Brexit

Seit dem britischen EU-Referendum am 23. Juni ist in wenigen Wochen politisch mehr passiert als mitunter in einem Jahr – und doch weiß noch niemand, was er jetzt eigentlich bedeutet, der Brexit. Noch am Tag des Ergebnisses trat Premierminister David Cameron zurück und machte den Weg frei für seine Nachfolge. Bereits Mitte Juli wurde die langjährige Innenministerin Theresa May zur neuen Regierungschefin ernannt.

Rasch stellte May ihr neues Kabinett zusammen und führte tiefgreifende Veränderungen durch, sowohl personell als auch im Ressortzuschnitt. Mit David Davis als Leiter des neu eingerichteten Ministeriums für den Austritt aus der Europäischen Union, Liam Fox, Minister des ebenfalls neu geschaffenen Ministeriums für Internationalen Handel, und Boris Johnson als Außenminister, werden die drei wichtigsten außenpolitischen Ministerien allesamt von Brexit-Befürwortern geleitet. Insbesondere Davis und Fox werden für die Neugestaltungen der britischen Außenbeziehungen zuständig sein, Johnsons Ressort wurde damit beschnitten.

May selbst – der in den Verhandlungen mit der EU weiterhin die wichtigste Rolle zukommt – hatte in der Referendumskampagne für einen EU-Verbleib geworben, jedoch ohne besonderen Enthusiasmus. In ihrer Zeit als Innenministerin war sie nie als Freundin der EU aufgefallen, es wurde durchaus auch erwartet, dass sie sich für den Brexit ausspricht. Die von den Tories geplante Begrenzung der Einwanderung auf „einige Zehntausende" fiel in ihren Zuständigkeitsbereich, ein Ziel, das weit verfehlt wurde. 2015 wanderten 333.000 Menschen (Nettoeinwanderung) nach Großbritannien ein, davon knapp die Hälfte aus anderen EU-Ländern.

Mit der Stimmungsmache gegen EU-Einwanderer_innen und dem „Versprechen", nur außerhalb der EU könne Großbritannien die Kontrolle über die eigenen Grenzen und Gesetzgebung zurückgewinnen, konnte die Leave-Seite in der Referendumskampagne viele Wähler_innen mobilisieren und mit diesem Narrativ das Referendum für sich entscheiden.

Die Remain-Kampagne hat die Kraft dieser emotionalen Mobilisierung unterschätzt. Sie konzentrierte sich vorrangig auf die antizipierten ökonomischen Konsequenzen eines Brexits und warnte vor der großen wirtschaftlichen wie politischen Unsicherheit eines Austritts. Diese Warnungen verfingen nicht – viel mehr noch: Vorgebracht von Abgeordneten, ehemaligen Premiers, Wirtschaftsexpert_innen und prominenten Firmenvertreter_innen wurden sie als Angstmacherei einer abgehobenen Elite diskreditiert.

Die EU als Sündenbock

Die gesamte Referendumsdiskussion war geprägt von Ängsten, Warnungen und negativen Bildern. Eine positive, zukunftsgerichtete Debatte um Großbritanniens Rolle innerhalb Europas entspann sich nicht. Die emotionale Verankerung im „Projekt Europa" fehlt den allermeisten Brit_innen. Das Verhältnis war stets ein transaktionales gewesen, es ging darum, den für sich besten Deal zu verhandeln. Integration dann, wenn es den eigenen wirtschaftlichen Interessen dient, ansonsten Opt-out-Regelungen wie beim Schengen-Abkommen und Sonderkonditionen wie der „Britenrabatt" im EU-Haushalt. Dieses Verständnis zeigte sich auch in der „grundlegenden Neuverhandlung" der britischen EU-Beziehungen, die David Cameron als Grundlage der Referendumsabstimmung Anfang des Jahres in Brüssel verhandelt hatte, in den Kampagnen jedoch keine Rolle mehr spielte.

Das Votum richtete sich gegen die politische und wirtschaftliche Elite des Landes, abgelehnt wurden der Glaube an die Vorzüge der Globalisierung und offene Grenzen. Die Wähler_innen nutzten ihren Moment der direkten Einflussnahme, um ihre Unzufriedenheit in aller Deutlichkeit zu zeigen. Die Mitgliedschaft in der EU wurde dabei zum Vehikel und Symbol zugleich. Jahrelang wurde die EU von den regierenden Parteien dafür genutzt, die politische Verantwortung für eigenes Versagen nach Brüssel zu schieben. Dies führte in der Referendumskampagne auch zu einem Glaubwürdigkeitsproblem

für plötzlich europafreundlich auftretende Politiker_innen. Dass viele Behauptungen der führenden Brexit-Figuren und der EU-feindlichen Presse auf verdrehten Statistiken oder blanken Unwahrheiten beruhten, drang nicht durch.

„Brexit means Brexit" – nichts Konkretes, viel Raum für Spekulationen

Theresa May sagte in ihrer Antrittsrede: „Brexit means Brexit", doch was das heißen soll, und welches Ergebnis am Ende der Austrittsverhandlungen stehen soll, weiß derzeit noch niemand. Zu viele Fragen sind offen, zu viele Schritte ungeklärt, es gibt keinen Präzedenzfall.

May hat angekündigt, nicht vor Ende des Jahres durch die Aktivierung von Artikel 50 des Lissabon-Vertrages das offizielle Austrittsgesuch einzureichen. Inzwischen gehen Beobachter_innen davon aus, dass dies noch später geschehen könnte, ggf. erst Ende 2017 nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich, auch weil den neu eingerichteten Ministerien noch qualifiziertes Personal und Infrastruktur fehlen. Die Regierung wird sicherstellen wollen, eine klare Verhandlungsstrategie zu haben, bevor die maximal 2-jährige Verhandlungszeit mit der EU beginnt, an deren Ende ein Austrittsabkommen unterzeichnet werden soll. Erst danach – so EU-Ratspräsident Donald Tusk – würden Verhandlungen für die Neugestaltung der britisch-europäischen Beziehungen, wie etwa ein Freihandelsabkommen, beginnen. Der 2-Jahres-Zeitraum könnte verlängert werden, jedoch nur mit Zustimmung aller 27 EU-Staaten. Dies ist fraglich, da auch Stimmen lauter werden, dass Großbritannien bis zu den Europawahlen 2019 die EU verlassen haben sollte. Großbritannien wird seine Mitgliedschaft zur WTO wieder aufnehmen und eine Vielzahl von bilateralen (Handels-)Verträgen mit anderen Staaten abschließen müssen. Dies kann jedoch erst geschehen, wenn die Beziehungen zur EU geklärt sind.

Als einen möglichen ersten Schritt sehen Kommentator_innen die Mitgliedschaft Großbritanniens im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an, nach dem Vorbild Norwegens. Für die EWR-Mitgliedschaft müsste die Freizügigkeit jedoch weiterhin akzeptiert werden. Hier könnte eine Klausel des EWR-Abkommens zum Tragen kommen, die Einschränkungen unter bestimmten Umständen gestattet. EWR-Staaten leisten außerdem Beiträge zum EU-Haushalt und müssen EU-Gesetzgebung umsetzen, ohne an deren Ausgestaltung beteiligt zu sein. Aus Sicht der Brexit-Hardliner hätte sich dann nicht viel geändert. Dieser Weg könnte dennoch ein Zwischenschritt zu einem eigenen, bilateralen, Vertrag des Vereinigten Königreichs mit der EU sein, um die wirtschaftlichen Belastungen zu minimieren und Zeit zu schaffen. Das Verhandeln der Neuanbindung Großbritanniens an die EU in unzähligen Bereichen dürfte mehrere Jahre dauern und wird für weitere Unsicherheiten sorgen. Für Großbritannien wird es um die Balance eines möglichst umfassenden Zugangs zum Binnenmarkt mit so wenig EU-Freizügigkeit wie nötig gehen. Als ein mögliches Vorbild für einen bilateralen Vertrag wird des Öfteren das noch

Silke Breimaier ist seit August 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Londoner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor arbeitete sie für das Nordische Büro der FES in Stockholm und am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft an der LMU München.

nicht ratifizierte Freihandelsabkommen der EU mit Kanada, CETA, genannt. Sowohl Davis als auch Johnson haben es als attraktives Modell beschrieben. Doch die CETA-Verhandlungen dauerten sieben Jahre, bei völlig anderen Verhandlungsvoraussetzungen.

Auch innenpolitisch stellen sich zahlreiche Fragen: Rechtlich bindend ist das Referendumsergebnis nicht. Zudem besteht Unsicherheit darüber, ob die Regierung die Zustimmung des Parlamentes braucht, um Artikel 50 zu aktivieren. Die große Mehrheit der Abgeordneten war für den Verbleib, es ist jedoch schwer vorstellbar, dass sie sich über den Willen ihrer Wähler_innenschaft hinwegsetzen und der Austritt nicht zumindest eingeleitet wird. Nur wenige Brexit-Wähler_innen bereuen ihre Entscheidung, gleichzeitig haben über vier Millionen Menschen eine Petition für ein zweites Referendum unterzeichnet, über die im September im Parlament diskutiert wird. Eine separate Abstimmung zum Ergebnis der Austrittsverhandlungen ist denkbar, wann – und in welcher Form – dies geschehen könnte, ist jedoch völlig offen.

Vorgezogene Neuwahlen hat Theresa May bislang ausgeschlossen und es gäbe einige rechtliche Hürden hierfür. Aber auch wenn die nächste Parlamentswahl erst 2020 stattfindet, werden der Brexit und seine ökonomischen sowie politischen Folgen das beherrschende Thema sein.

Erste Zahlen und Prognosen deuten auf einen dauerhaften Abschwung der britischen Wirtschaft hin, die Bank of England senkte Anfang August den Leitzins auf den historischen Tiefstwert von 0,25 Prozent, um den Schockwirkungen des Brexit-Votums entgegenzutreten.

Die Liberaldemokraten haben bereits angekündigt, mit dem Versprechen des Wiedereintritts in den nächsten Wahlkampf zu ziehen. Die Labour Party befindet sich seit dem Referendum erneut in einem Führungskampf. Massive Kritik am Vorsitzenden Jeremy Corbyn an seinem späten und halbherzigen Einstieg in die Remain-Kampagne, haben eine neuerliche Vorsitzendenwahl ausgelöst. Corbyns Gegenkandidat Owen Smith hat angekündigt, mit dem Versprechen eines zweiten Referendums bei der nächsten Wahl anzutreten, sollte er die Vorsitzenden-Abstimmung für sich entscheiden. Corbyn selbst hatte kurz nach dem Referendum für ein schnelles Aktivieren des Artikel 50 plädiert. Er lehnt ein zweites Referendum ab. Eine kohärente Europapolitik Labours, die ihre pro-europäischen Überzeugungen mit der EU-Skepsis ihrer Wähler_innenschaft vereint, ist bislang nicht in Sicht.

Das Referendum hat auch die Trennlinien innerhalb des Vereinigten Königreichs erneut offenbart. Schottlands Regierungschefin Nicola Sturgeon hat kurz nach der Abstimmung klargemacht, dass sie sich – dem Wähler_innenwillen ihres Landes entsprechend – für einen Verbleib Schottlands in der EU einsetzen wird und ein zweites schottisches Unabhängigkeitsreferendum wahrscheinlich sei. Seither reist sie durch Europa, um Gespräche zu führen und schottische Interessen zu vertreten und erhielt von Theresa May die Zusicherung, Mitspracherecht in den Austrittsverhandlungen zu haben. Eine Möglichkeit könnte sein, für Schottland (als Teil des Königreiches) spezielle Abkommen mit der EU zu schließen, beispielsweise bei der Freizügigkeit.

Auch die Nordir_innen stimmten mehrheitlich für einen Verbleib in der EU und ihre politische Führung hat seit dem Ergebnis bekräftigt, dass sie keine EU-Außengrenze zwischen Nordirland und der Republik Irland akzeptiert. Außerdem dürfe es keine Einschränkungen in der Freizügigkeit geben. Auch ihnen hat May versprochen, dass ihre Interessen gehört würden, ohne dass bereits Details bekannt sind.

Bei all den Gedankenspielen wird es auf die Kompromissbereitschaft der britischen Regierung und das Verhalten der europäischen Partner_innen ankommen, wie viel Entgegenkommen sie zeigen, und wie viel Geduld. Die EU wird darauf bedacht sein müssen, die Auswirkungen des Referendums auf die anderen Mitgliedstaaten und die Union an sich zu minimieren. Großbritannien und die Europäische Union werden auf Jahre hinweg mit dem Auseinandernehmen und Neuzusammensetzen der Beziehungen zueinander beschäftigt sein. Dies wird finanziell, personell und zeitlich Ressourcen binden, die an anderen Stellen fehlen werden.

INTERVIEW des Landesbüros Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung mit **Jakob von Weizsäcker**, Mitglied des Europäischen Parlaments

Herr von Weizsäcker, unser größtes Problem ist, dass wir nicht genug Angst haben, dass uns das Ding (die EU) an die Wand fährt. Das Zitat stammt von Ihnen. Hat uns der Brexit jetzt an die Wand gefahren oder können wir etwas aus dem Brexit lernen?

Der Brexit ist nicht das Ende der EU. In der kurzen Frist wird der Brexit sogar eine Warnung sein, dass ein Austritt aus der EU erhebliche wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt. Die Wirtschaftszahlen aus Großbritannien 2016/2017 werden nicht gut sein. Aber wenn wir in der EU weiter eine Politik des Durchwurstelns betrieben, woran Bundeskanzlerin Merkel nicht ganz unbeteiligt ist, statt endlich unsere drei Krisen, namentlich die Eurokrise, die Flüchtlingskrise und die Sicherheitskrise, wirklich anzugehen, dann könnte die Situation in fünf Jahren ganz anders aussehen. Bis dahin dürfte sich Großbritannien einigermaßen von den direkten wirtschaftlichen Folgen des Brexit erholt haben.

Wenn die EU bis dahin gut dasteht, ist alles in Ordnung. Aber wenn wir bis dahin unsere Probleme noch immer nicht im Griff hätten und die EU als Loser-Club dastünde, könnte der Brexit Schule machen. Deshalb täte uns etwas Besorgnis ganz gut, nicht um vor Angst den Kopf in den Sand zu stecken, sondern als existenzielle Motivation, um endlich die Probleme anzugehen.

Wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass es eine bleibende Tendenz zum Wunsch „weniger Europa" durch Europaskeptiker_innen gibt und wie wahrscheinlich sind weitere Referenden zum Austritt in anderen Ländern? Beispielsweise ein Nexit (Niederlande) oder ein Frexit (Frankreich)?

Eine gewisse Europaskepsis finde ich nicht schlimm. Europa muss sich immer neu fragen lassen, ob es einen echten Beitrag zur Lösung der wirklichen Probleme der Menschen leistet. Mir ist nicht bang, dass Europa genau das kann. Europa ist ein historisches Friedensprojekt und außerdem sind in Zeiten der Globalisierung nationalstaatliche Lösungen regelmäßig zum Scheitern verurteilt. Europa muss halt liefern, dann wird die Europaskepsis auch wieder zurückgehen und die Vokabeln Nexit oder Frexit werden nicht einmal Teil unseres allgemeinen Wortschatzes.

Gefährlich ist, dass sich unter dem Deckmäntelchen der Europaskepsis mancherorts ein neuer Nationalismus Bahn zu brechen droht. Leider auch bei uns. Mit Nationalismus meine ich diese ungute Mischung aus nationaler Überheblichkeit, dem beleidigtem Gefühl, man sei als Nation von anderen hinters Licht geführt worden, gepaart mit latenter oder ganz offener Fremdenfeindlichkeit. Das ist eine toxische Mischung aus

dem 19. Jahrhundert, von der ich gehofft hatte, dass sie längst überwunden sei. Dagegen müssen wir uns als überzeugte Europäer_innen entschieden stellen.

Es gibt mehrere Konzepte für die Gestaltung Europas. Eine gemeinsame Verfassung für Europa wurde durch Frankreich und die Niederlande 2006 bereits zum Scheitern gebracht. Nun fordern Sigmar Gabriel und Martin Schulz in dem Papier „Europa neu gründen" eine öffentlichere, transparentere Debatte zum Umbau Europas. Ist es an der Zeit für ein neues Konzept, dass dann auch in die Tat umgesetzt wird?

Wir dürfen uns mit dem unerfreulichen Status Quo nicht zufrieden geben. Deshalb ist es höchste Zeit für diese Debatte. Aus den genannten Gründen ist sie für die EU perspektivisch sogar eine Überlebensfrage.

London ist das Banken-Zentrum Europas. Doch nach Bekanntgabe des Brexit-Votums fiel der Wert des britischen Pfunds auf seinen Tiefpunkt von vor 30 Jahren ab. Wie werden sich Investitionen und die Stabilität des Finanzsektors in Europa entwickeln?

Das Pfund hat aufgrund des Brexit um über 10 Prozent abgewertet. Das ist Ausdruck des wirtschaftlichen Nachteils, den Großbritannien durch den Austritt aus der EU erleidet. Tatsächlich ist der wirtschaftliche Nachteil der Brit_innen indirekt auch ein Nachteil für die wirtschaftliche Dynamik in der gesamten EU. Aber der direkte negative Effekt auf Großbritannien ist großer als der indirekte für die EU.

Das eigentliche Problem des Finanzsektors liegt aber woanders. Diesen Sommer hat die europäische Bankenaufsicht wieder einen Banken-Stresstest veröffentlicht. Wirklich skandalös ist, dass die Banken, die besonders schlecht bei diesem Stresstest abgeschnitten haben, seit 2011 insgesamt 20 Milliarden

Euro an Dividenden ausgezahlt haben. Das destabilisiert den Finanzsektor und ist nichts anderes als der erneute Versuch, wieder einmal die Gewinne zu privatisieren und die Verluste zu sozialisieren. Dass dem endlich wirklich ein Riegel vorgeschoben wird, ist übrigens eines meiner wichtigsten Ziele in der Parlamentsarbeit.

Wenn wir jetzt auf die nationale Ebene blicken: Welche Auswirkungen wird es für die hier arbeitenden Menschen aus Großbritannien geben? Wird Berlin die nächste Start-Up-Hauptstadt?

Wir müssen eine gute Lösung für die Brit_innen in Deutschland finden, genauso wie für die Deutschen in Großbritannien. Wir dürfen den Fehler des Brexit auf keinen Fall nicht potenzieren, indem wir unsere Bürger_innen gegenseitig bestrafen. Richtig ist, dass Weltoffenheit sich auch bezahlt macht durch wirtschaftliche Dynamik und Firmengründungen. Das gilt für Thüringen genauso wie für London und Berlin!

Welche Auswirkungen werden in Thüringen, vor allem in wirtschaftspolitischer Hinsicht, zu spüren sein?

Großbritannien gehört seit Jahren zu den fünf wichtigsten Handelspartnern Thüringens. Allein im ersten Quartal 2016 exportierten die Thüringer Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes Waren im Wert von über 200 Millionen Euro in das Vereinigte Königreich. Auch deshalb wird es in den Brexit-Verhandlungen nicht darum gehen, Großbritannien abzustrafen. Alle Seiten sind an einer fairen Lösung interessiert.

Veranstaltungen zum Thema

- **09.09. Erfurt**: Brexit – Die Chance für den Umbau des Europäischen Hauses?"
- **15.10. – 16.10. Erfurt**: Storytelling – Mit Geschichten Vertrauen und Identität schaffen
- **24.11. Erfurt**: Soziales Europa

Lesetipps

FES-Fokus: Politik für Europa 2017plus – EU vor Bewährungsprobe – was erwarten, worum sorgen sich die Bürger?
http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017-plus/

Sigmar Gabriel und Martin Schulz (06/2016): Europa neu gründen.
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges__Papiere_et_al_/PK_Europa_Paper.pdf

Michael Dauderstädt und Cem Keltek (06/16): Kein Fortschritt beim sozialen Zusammenhalt in Europa.
http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12577.pdf

Ruben Andersson (06/2016): Warum Europas Konzept der Grenzsicherung gescheitert ist: Mechanismen und Auswege.
http://library.fes.de/pdf-files/iez/12582.pdf

Carsten Kühl (05/2016): Makroökonomische Steuerung in der EU: zwischen nationaler und supranationaler Ohnmacht.
http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/12508.pdf

Perspektive (05/2016): „Bleiben – und Reformieren": Rede des Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn zum Brexit-Referendum.
http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12495.pdf

Roger Liddle und Florian Ranft (10/2015): Brexit – Was für die EU und Großbritannien auf dem Spiel steht.
http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12075.pdf